Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 37 (1945)

Heft: 1-2

Artikel: Deutschland und das Verbrechen des Krieges

Autor: Bachmann, Herbert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-353196

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

begründete, so kam in der Folge die Menschheit heran mit ihrem unermüdlichen Streben, blosse Macht in Ordnung und Gesetzlichkeit umzuwandeln; sie brachte ihre heilen Kräfte herbei und nahm den Gewaltzustand in die Kur.»

Deutschland und das Verbrechen des Krieges.

Von Herbert Bachmann.

Das eigentliche Kriegsverbrechen ist der Krieg selbst. Das ist im Jahre 1928 im Kellog-Briand-Pakt, der jeden Krieg unmöglich machen sollte, ausdrücklich erklärt worden. Die vertragschliessenden Staaten verurteilten den Angriffskrieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitigkeiten und verzichteten ausdrücklich auf dieses Mittel. Auch der deutsche Staat war dabei. Es war die Weimarer Republik. Sie ist die einzige Staatsform Deutschlands gewesen, in der das deutsche Volk selber das Verhalten des deutschen Staates bestimmt hat. Wenn der deutsche Staat, entgegen der von ihm mit ausgesprochenen Aechtung des Krieges, 11 Jahre später zu diesem Mittel gegriffen hat, so war es nicht mehr ein vom deutschen Volk bestimmter Staat, sondern das vom Willen des deutschen Volkes unabhängige Dritte Reich, das überdies gegen den Willen des deutschen Volkes entstanden war.

Denn niemals, solange das deutsche Volk frei wählen konnte, hat die nationalsozialistische Partei die Mehrheit erlangt. Den höchsten Anteil an den abgegebenen Stimmen erzielte sie im Juli 1932, und das waren 38%. Bei den nächsten Wahlen vor der Machtergreifung, im November 1932, sank ihr Anteil auf 34%. Sogar bei den Wahlen nach der Machtergreifung, die keineswegs mehr wirklich frei waren, erreichten die Nazis nur 45% der abgegebenen Stimmen. Aber wenn es auch mehr gewesen wären, würde sich daraus keine Verantwortung des deutschen Volkes für die Taten des Dritten Reichs herleiten lassen können. Denn bei den genannten Wahlen fehlten die späteren Zielsetzungen und vor allem der Krieg auf dem Programm und in der Propaganda der nationalsozialistischen Partei. Die weitaus grösste Anzahl ihrer Wähler stimmte für die Nazis, weil sie die Beseitigung des wirtschaftlichen und sozialen Elends versprachen, das seit 1930 in Deutschland wütete und dessen die am Ruder befindlichen demokratischen Parteien immer weniger Herr wurden. Als Alternative boten sich dem deutschen Volk damals die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Zusammen gewannen diese tatsächlich seine Mehrheit in der Reihenfolge der genannten Wahlen: 53, 51, 58%.

Die Unfähigkeit des deutschen Volkes, sich — unter allerdings

schwierigen Verhältnissen — selbst zu regieren, fand ihren erschreckenden Ausdruck in den Worten, mit denen der damalige Reichskanzler Brüning die Maxime seiner Politik verkündete: « Man muss den Mut zur Unpopularität haben. » Demgemäss senkte er die Unterstützung der Arbeitslosen immer mehr, je mehr Arbeitslose es gab. Er machte mit seiner Deflationspolitik immer mehr Arbeitnehmer arbeitslos, verringerte immer mehr alle Einkommen und erhöhte immer mehr deren Belastung durch Steuern und Beiträge. In Wahrheit muss nicht nur eine demokratische, sondern jede Regierung, die nicht gestützt werden will, den Mut zur Popularität, das heisst zu Massnahmen — auch ungewohnten — haben, die ihr auf jeden Fall die Popularität erhalten oder gewinnen. Das naheliegende Beispiel ist der « New Deal » des Präsidenten Roosevelt.

Verhängnisvoll war in Deutschland, dass die widersinnige Politik Brünings immer wieder die Unterstützung der grössten demokratischen Partei, der Sozialdemokraten, fand, die als Klassenpartei der Arbeitnehmer auf diese Weise geradezu gegen das Interesse der Schichten handelte, aus denen ihre Wähler kommen mussten. Diese aus ihrer Geschichte erklärliche Unerfahrenheit der Deutschen in der Selbstregierung wird grell beleuchtet durch das ganz andere gleichzeitige Verhalten der französischen Sozialisten. Sie haben der unpopulären Deflationspolitik, als sie auch in Frankreich versucht wurde, schärfste Opposition gemacht und sind dadurch zur grössten Partei des Landes geworden und in der Volksfront an die Macht gekommen.

Das gleiche Verhalten der Nationalsozialisten in Deutschland hatte gleiche Folgen: sie wurden zur grössten Partei, doch hatten sie nicht die Mehrheit im Parlament, denn gleichzeitig mit ihnen und aus dem gleichen Grund, das heisst auf Grund der Opposition gegen die das Elend mehrende Politik Brünings, waren die Kommunisten ständig angewachsen. Aber nun bewiesen auch diese die deutsche Unfähigkeit zur Selbstregierung. Während ihre französischen Gesinnungsgenossen unter gleichen Umständen die Volksfront unterstützten und so erst möglich machten, verharrten die deutschen Kommunisten in unversöhnlicher Feindschaft gegen den demokratischen Staat und schalteten damit sich selber von jedem praktischen Einfluss aus. Es war wie wenn die 100 kommunistischen unter den insgesamt 584 Abgeordneten des im November 1932 gewählten Reichstags überhaupt nicht vorhanden gewesen wären. So wurde es möglich, dass, ohne die Mehrheit im Parlament zu haben, eine Koalition von Nationalsozialisten und Deutschnationalen an die Regierung kam. Diese Koalition hatte denn auch nichts Eiligeres zu tun, als den Reichstag aufzulösen und neu wählen zu lassen. Erst in diesen durchaus nicht mehr freien Wahlen erlangte die Koalition, nicht die Nationalsozialisten allein, eine knappe einfache Mehrheit. Diese machte sich daran, die Demokratie in Deutschland zu beseitigen. Dass sie dies wagen und

schliesslich auch durchführen konnte, verdankte sie dem Umstand, dass Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages kein Volksheer mehr hatte, sondern ein Söldnerheer. Es war nur natürlich, dass dieses Söldnerheer aus Militaristen bestand. Es war doch wohl nicht zu erwarten, dass bei der Reduktion der deutschen Wehrmacht auf eine Berufsarmee von 100 000 Mann die paar Tausend Offiziere, die sie aufbauten, Pazifisten waren. Die grosse Masse des deutschen Volkes war ohne Zweifel aus dem letzten Weltkrieg als Antimilitaristen zurückgekehrt. « Nie wieder Krieg » war ihr Bekenntnis. Alle demokratischen Parteien und auch die Kommunisten waren durchaus pazifistisch. Deshalb fühlte sich die Reichswehr nicht mit ihnen, sondern mit den Nationalsozialisten innerlich verbunden. Den Kern der Reichswehr bildeten ehemalige Berufssoldaten, die entweder aus traditionellen Offiziersfamilien stammten oder als ganz junge Leute in vierjährigem Kriegserleben in diese Tradition hineingewachsen waren.

Die Reichswehr war nicht stark genug, um das Reichsgebiet auch nur gegen einen der schwächeren Nachbarn Deutschlands, zum Beispiel Polen, verteidigen zu können. So griff sie bedenkenlos nach jeder Möglichkeit, sich zu verstärken. Die Parteitruppen der SA. und SS. waren ihr als Reserven nicht weniger willkommen als das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Das naturergebene Ziel der Reichswehr war es von vornherein, wieder zu einer regelrechten Armee und Marine mit allen modernen Waffen zu werden, zumal die allgemeine Abrüstung nicht zustande kam, als deren erstes Glied ja die Beschränkung der deutschen Wehrmacht überhaupt gedacht war. Dem Ziel einer starken Armee waren die Nationalsozialisten, die ehemaligen Kameraden der Reichswehroffiziere, ebenso zugetan wie diese. Die Mehrheit des deutschen Volkes aber war durchaus dagegen. Schacht, der wesentlich mitgeholfen hat, Hitler an die Macht zu bringen und der sein Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident gewesen ist, hat es offen erklärt: ohne die Beseitigung der Demokratie wäre die Aufrüstung nicht möglich gewesen. So ergab sich die Sympathie der Reichswehr für die Nationalsozialisten und die innere Unmöglichkeit, die Truppe gegen sie zugunsten der antimilitaristischen Volksmehrheit einzusetzen, falls dieser von jenen gesetz- und verfassungswidrige Gewalt angetan werden sollte.

Das aber geschah, als nach dem Theater des Reichstagsbrands die Regierung den Kommunisten, deren Wahl sie zugelassen hatte, die Teilnahme am Reichstag versagte. Das war eine glatte Illegalität, und sie war notwendig, um Hitler zum Herrn Deutschlands zu machen. Denn nun erst wurde es möglich, die zur Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit im Reichstag aufzubringen, die der Regierung Vollmacht zur Gesetzgebung ohne die Volksvertretung und unter Abweichung von der Verfassung gab.

Freilich war dazu auch noch erforderlich, dass eine weitere Partei ihren Beitrag zum Beweis für die Unfähigkeit des deutschen Volkes zur Selbstregierung leistete: obwohl selbst nicht in der Reichsregierung vertreten, stimmte das Zentrum für diese Vollmacht, und erst seine Stimmen gaben die sichere Zweidrittelmehrheit.

Die Entstehungsursache und der Daseinsgrund des Zentrums war — was nur eine Feststellung sein soll — der Kampf für die Rechte der katholischen Kirche. Das Zentrum rekrutierte aus dieser Zielsetzung heraus seine Anhänger und Führer aus sozial und politisch ganz verschiedenen Schichten. Für die erhoffte Wahrung der genannten Rechte im Konkordat mit dem Deutschen Reich verkaufte es die Freiheit des deutschen Volkes an Hitler. Es handelte wie die Reichswehr, die für ihre eigene Vergrösserung alles andere mit in Kauf nahm, was der Nationalsozialismus brachte.

Dazu gehörte vor allem der Antisemitismus. Er ist nichts spezifisch Deutsches, sondern ein gemeinsames Erbe der christlichen Völker. Die christlichen Staatskirchen verschonten zwar auf Grund der Lehre des Apostels Paulus die Juden mit der zwangsweisen Bekehrung, doch wiesen sie ihnen dafür eine Sonderstellung in Staat und Gesellschaft zu. Nach der Beseitigung dieser Sonderstellung hielten die Juden durch die Ablehnung der Mischehe die Absonderung von den Völkern, unter denen sie lebten, aufrecht. Dieser Umstand trug zur Erhaltung der überkommenen Einstellung gegen die Juden in den verschiedenen Schichten in dem Masse bei, wie diese selbst noch der Tradition verhaftet waren. In Zeiten der Not, wenn die Verhältnisse nicht mehr allen die erstrebte Lebenshaltung gestatten, führt natürlicher Egoismus die Völker dazu, nach Gruppen zu suchen, die man vom Mitbewerb ausschliessen könnte, statt brüderlich mit allen zu teilen. So hat zum Beispiel Frankreich 1 Million polnischer Arbeiter ausgewiesen, als auch es die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre zu spüren begann. Andere Staaten haben in solcher Lage die Einwanderung unterbunden oder verbieten Ausländern jeden Erwerb, soweit sie es sich ohne schädliche Rückwirkung auf ihre eigenen Staatsangehörigen im Ausland erlauben können. Die Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Leben war daher ein Punkt des nationalsozialistischen Programms, der von vornherein antisemitischen Gefühlen zusagte und alle die ansprechen musste, die in Angst um ihre Existenz waren. Mochte die Verwirklichung des nationalsozialistischen Programms auch eine unmenschliche Ungerechtigkeit für die Betroffenen sein, so konnte dies, solange der Antisemitismus nicht zu seinen späteren unmenschlichen und verabscheuenswerten Formen überging, viele Menschen nicht beeindrucken, die selbst seit Jahren das schreiende Unrecht der Arbeitslosigkeit und Existenzvernichtung erlitten hatten. (In diesem Zusammenhang kann auch in Betracht gezogen werden, dass Deutschland für viele Ost-

juden die erste Station in ihrer Emanzipation aus den fürchterlichen Verhältnissen in Osteuropa war, was bewirkte, dass die Juden begreiflicherweise oft vor nichts zurückschreckten, um nicht in die Hölle der Gettos von Warschau usw. zurückkehren zu müssen. Dass dieser durchaus begreifliche Daseinskampf der dazu noch äusserst tüchtigen Juden manchmal besonders drastische Formen annahm, war oft Wasser auf die Mühle der Antisemiten. Die Red.) Endlich haben nicht wenige der nationalsozialistischen Wähler und selbst der Parteimitglieder im Antisemitismus des Nationalsozialismus nicht etwas völlig Realisierbares, sondern zum grossen Teil reine Propaganda gesehen. Von der physischen Ausrottung, die zehn Jahre später begann, war 1933 noch keine Rede.

Einmal auf demokratischem Wege an die Regierung gelangt, hat Hitler den Einfluss des Volkes auf den Staat gänzlich beseitigt. Hätte Deutschland nicht ein kleines, zugunsten der militaristischen Nationalsozialisten eingestelltes Söldnerheer gehabt, sondern ein Volksheer auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht und daher überwiegend den Nationalsozialisten feindlich gesinnt, so wäre die Vergewaltigung der Volksmehrheit durch eine Minderheit nicht durchführbar gewesen. Zur Lockerung der Bande sowie zur Erhöhung der allgemeinen Unsicherheit hat teilweise vielleicht auch der Umstand beigetragen, dass die Monarchie, das staatliche und gesellschaftliche System, unter dem das deutsche Volk während seiner ganzen Geschichte gelebt hatte, kurz vorher beseitigt worden war, und zwar wesentlich auf Grund der Propaganda des Auslands im ersten Weltkrieg, die sie als imperialistische Autokratie bekämpfte. In Wirklichkeit waren zum Beispiel die süddeutschen Staaten parlamentarische Monarchien wie England. Preussen und das Reich waren im letzten Krieg auf dem Wege dazu. Die Verbundenheit der deutschen Fürstenhäuser mit dem deutschen Volk war viel älter und enger als zum Beispiel jene der Dynastie Savoyen mit dem italienischen Volk. Kulturelle und geistige Kräfte und Bestrebungen erhielten seitens mancher Fürsten vielfache Förderung, auch mit den Kirchen waren sie eng verbunden, so dass, anders als in Italien, neben den deutschen Fürsten weniger Raum für einen allmächtigen Führer aus eigener Machtvollkommenheit gewesen wäre.

Dieser allmächtige Führer leitet seine Macht nicht einmal von der Anerkennung durch seine Partei ab, sondern ist selber Herr über die Partei, die ihm, wie der Staatsapparat, als Werkzeug für die Ausübung seiner Zwingherrschaft über das Volk dient. Gibt es entgegengesetzte Strömungen in der Partei, so entscheidet sein Wille allein, welche sich durchsetzt und welche unterdrückt wird. Parteimitglieder, die sich seiner Entscheidung widersetzen, werden ausgeschlossen und hingerichtet.

Wenn dem so ist, so ist es falsch, die Taten des Dritten Reichs und die Handlungen deutscher Untertanen in seinem Dienst ausschliesslich oder vorwiegend aus Eigenschaften des deutschen Vol-

kes und Strömungen in der deutschen Kultur herzuleiten. Denn ihre jetzige Quelle ist in erster Linie der Wille des Führers. Adolf Hitler ist erst als erwachsener Mann nach Deutschland gekommen. Sein Wollen ist ganz ausserhalb Deutschlands geformt worden. Von dort hat er die Grundzüge seines Strebens fix und fertig mitgebracht.

Man ist gewohnt, die « Münchener » Politik vor allem in ihren Wirkungen ausserhalb Deutschlands zu betrachten und zu verurteilen. Sie hatte aber auch eine unheilvolle Wirkung auf das deutsche Volk. Einmal verschaffte sie Hitler von 1933 bis 1939 Jahr für Jahr entgegen den Befürchtungen und Hoffnungen seiner deutschen Anhänger und Gegner immer neue Erfolge und erhöhte so ständig sein Prestige im deutschen Volk, ferner hinderte sie die emigrierten Gegner des Nationalsozialismus daran, vom Ausland aus den seelischen Widerstand des deutschen Volkes zu organisieren und aufrechtzuerhalten. So arbeiteten die heute «Vereinten Nationen» vor dem Krieg selbst den Bemühungen der Nationalsozialisten in die Hände. Russlands Vertrag mit Hitler, das Stillhalten Frankreichs und Englands während des Kriegs in Polen, der Blitzsieg im Westen, das Aufgeben des Kampfes durch Frankreich, die Zurückhaltung Amerikas, die deutschen Erfolge im Krieg gegen Russland mussten selbst diejenigen, die innerlich in der Ablehnung des Dritten Reichs verharrt hatten, allmählich von der Aussichtslosigkeit ihrer Einstellung überzeugen.

Seit wenigen Jahren erst ist das anders. Heute weiss das ganze deutsche Volk mit Gefühlen, die von der Hoffnung auf Erlösung bis zur Furcht vor dem Untergang reichen, dass seine übergrosse friedliche Mehrheit von 1933 doch recht gehabt hat. Wenn diese Erkenntnis vorläufig keinerlei Aktivität bewirkt, so einfach deswegen, weil sie nicht möglich ist. Wer will da den ersten Stein werfen? Im Glauben, die Kapitulation von 1918 sei durch Versagen der « inneren Front » herbeigeführt worden, haben die Nationalsozialisten seit 1933, also schon lange vor dem Krieg, alles nur Denkbare getan, um jede andere Betätigung als im Sinne unbedingten Durchhaltens ganz und gar auszuschliessen. Wer die Verhältnisse in Deutschland kennt, muss daher den offiziellen und inoffiziellen Versionen über die Ereignisse vom 20. Juli 1944 die Ueberzeugung entgegensetzen, dass die Hingerichteten unmöglich einen Erfolg ihrer Verschwörung erwarten konnten.

Um den Bann zu brechen, in dem die Nationalsozialisten das deutsche Volk halten und zu dessen Festigung die « Vereinten Nationen » vor ihrer Vereinigung so viel beigetragen haben, genügt es natürlich nicht, dass diese vage Versprechungen für die Zukunft Deutschlands machen oder die deutschen Soldaten zum Desertieren auffordern. Wer dessen fähig ist, tut es schon von selbst, sobald er Gelegenheit dazu hat. Bei den meisten Soldaten stehen einem solchen Verhalten mächtige Regungen entgegen, die allerdings gar

nichts mit Politik zu tun haben: die Furcht vor der Gefangenschaft, dem Leben hinter Stacheldraht oder im Untergrund, ferner das Empfinden, die Selbstachtung zu verlieren, wenn man sich als weniger standhaft denn seine Kameraden erweist, diese im Stich lässt und sich vom gemeinsamen Schicksal seiner Generation drückt. Die Forderung auf Ausrottung des ganzen deutschen Volkes oder Pläne wie jene von Morgenthau sind ebenfalls nicht dazu angetan, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu schwächen oder es « friedensreif » zu machen. Ganz im Gegenteil! Wenn es in Deutschland heisst, dass nationalsozialistische Propagandaminister sich nicht erfolgreicher für den Durchhaltewillen des deutschen Volkes einsetzen können als Leute wie Morgenthau, Vansittart usw., so kann dem eine gewisse Logik nicht abgesprochen werden.

Nur mit der Bildung einer Gegenregierung als Vertretung des neuen Deutschland und ihrer Aufnahme unter die « Vereinten Nationen », also mit der Vorwegnahme des immer wieder proklamierten Endziels des Kampfes gegen Hitler-Deutschland, kann man der Fortsetzung eines verlorenen Krieges für ein dem Untergang geweihtes Regime eine Alternative gegenüberstellen, die nicht von einzelnen unter Verletzung menschlicher Anständigkeit, sondern als politische Entscheidung von ganzen Heeres- und Beamtenkörpern aufgegriffen werden könnte. Dass nichts Derartiges rechtzeitig unternommen worden ist, bleibt ein von der Geschichtsforschung aufzuklärendes Rätsel, denn die für den Verzicht auf jede « politische Kriegführung » gegebene Begründung, man wolle durch bedingungslose Kapitulation dem späteren Vorwurf vorbeugen, man habe Kapitulationsbedingungen nicht eingehalten, kann doch wohl gegenüber den Millionen eigener Landsleute nicht ernstlich in Betracht kommen, die man durch Verkürzung des Krieges vor dem vorzeitigen Tod oder der Verstümmelung bewahren könnte.

Die nationalsozialistischen Beherrscher Deutschlands sagen selber, dass es in diesem Krieg für sie um Sieg oder Untergang geht. Es ist deshalb kein Wunder, dass sie nun vor keinem Terror zurückschrecken, um sich vor dem Untergang zu bewahren, und dass sie sich dazu ihrer Herrschaft über das deutsche Volk bedienen. Dass die Nationalsozialisten unter 80 Millionen Deutschen genügend Menschen zur Durchführung dieses Terrors gefunden haben, besagt so wenig gegen die grosse Masse des deutschen Volkes, wie der Umstand, dass sie sogar in den besetzten Gebieten selbst Helfer gewonnen haben, gegen deren Bevölkerung spricht. Der Krieg ist heute total, und wir haben ihn alle hingenommen. Er besteht demnach überall im Getötetwerden: nicht nur von Kämpfenden, auch von unbeteiligten Zivilisten, Greisen, Frauen und Kindern. Solches jahrelang zu üben und zu erleben, stumpft ab. Die Zivilisation muss sogar im Frieden ununterbrochen durch Erziehung, Polizei, Rechtspflege usw. daran arbeiten, Mord und Grau-

samkeit unter den Menschen zu unterdrücken, und erreicht doch nur, sie in mehr oder weniger engen Schranken zu halten. Die Gelegenheit, im Krieg dem Drang zu solchen im Frieden unterdrückten Taten freien Lauf zu lassen, wird eben benützt, und solche Elemente finden natürlich den Weg in die Besatzungsarmee oder werden ihr wahrscheinlich von den Nazis, die alles systematisch machen, bewusst zugeführt. Diese und die äusseren Umstände können viele Verbrechen erklären, ohne dass damit das ganze deutsche Volk belastet zu werden braucht.

Der Leser, der bis hierher gefolgt ist, mag einwenden, alles erklären und daher verstehen zu wollen, heisse alles verzeihen. Allein, es handelt sich nicht um Verzeihen oder Nichtverzeihen. Denn das bezöge sich immer nur auf die Vergangenheit. An der kann man aber nichts mehr ändern. Dagegen ist die Art der Reaktion auf diese Vergangenheit selbst wieder Ursache künftiger Folgen. Man darf auch hier, ja gerade hier, den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben. Die Abrechnung nach dem Krieg muss sich vernünftigerweise nach dem Ziel richten, das man der künftigen Entwicklung setzen will. Die volle Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit muss den Ausschlag geben.

Was sich nicht mehr wiederholen soll, muss in spürbarer und nachhaltiger Weise bestraft werden. Eine blosse moralische Verurteilung oder künftige Bedrohung mit Strafe genügen da sicher nicht. Ohne wirklich vollzogene Strafe würde die Drohung nicht ernst genommen. Um ihr Ziel zu erreichen, muss somit die Strafe streng auf die Tat und die an ihr Beteiligten beschränkt bleiben. Trifft sie auch andere, so lähmt sie geradezu den Widerstand gegen ihre Wiederholung. Daher kann das deutsche Volk als Ganzes weder für das Verbrechen des Krieges an sich noch für alle Verbrechen im totalen Krieg im besondern haftbar gemacht werden. Alle Strafen treten ja überdies zu den bereits entstandenen Kriegsschäden und Leiden noch hinzu. Am Ende dieses Krieges aber wird Deutschland im ganzen vielleicht mehr als andere Länder gelitten haben und noch zu leiden haben. Darüber hinaus das ganze deutsche Volk bestrafen zu wollen, hiesse die Geiselmethode des Dritten Reichs anwenden, obwohl die Täter selbst hier bekannt sind und sogar gefasst werden können.

Erfreulicherweise scheinen sich bei den Alliierten mit dem Herannahen des Kriegsendes wieder die Auffassungen durchzusetzen, zu denen sie sich an seinem Beginn bekannt haben. Die Erklärungen des französischen Aussenministers sind bezeichnend für diese Entwicklung: keine Zerstückelung Deutschlands und Zerstörung seiner so schwer erlangten staatlichen Einheit, keine Annektionen deutschen Gebiets im Westen. Im Osten scheint allerdings diese Klarheit noch nicht erreicht zu sein. Man spricht von Abtretungen bis zur Oder an Polen und an Russland. Polen würde

schon mit seiner alten Westgrenze eine grosse deutsche Minderheit erhalten, an deren nationale Einschmelzung es nicht denken könnte. An die Verwirklichung von Aussiedlungsplänen in grossem Massstab ist kaum zu glauben. Nach den Blutopfern des Krieges können weder Russland noch Polen Raum ohne Menschen brauchen. Nun geht man gewiss nicht fehl mit der Annahme, dass Polen, in welcher Weise auch immer, unter dem Einfluss der Sowjetunion stehen würde. Für polnische wie russische Annektionen deutscher Gebiete gälte daher, dass sie nicht so sehr Entnationalisierung, vielmehr soziale Umformung bedeuten würde. Das Ergebnis wäre wohl eine deutsche Sowjetrepublik im Rahmen der UdSSR. Mit deren Existenz könnte sich ein deutsches Reich, das dem imperialistischen Nationalismus entsagt, ebenso abfinden wie mit der staatlichen Existenz von Deutschen in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und in der Schweiz ausserhalb des Deutschen Reichs.

Aber die Abtrennung deutscher Gebiete im Osten würde noch nachträglich den Nationalsozialisten eine Rechtfertigung liefern, haben sie doch ihre ganze Bewegung wie diesen ganzen Krieg als Abwehr gegen die Eroberungsgelüste des Bolschewismus hingestellt. Welch einen Triumph des Bolschewismus über den Nationalsozialismus, welche moralische Niederlage des Dritten Reichs würde es dagegen bedeuten, wenn Deutschland in seinem Bestand nach Versailles auch im Osten erhalten bliebe! Und welch eine Lehre für die Deutschen im Reich, dass sie nichts zu fürchten haben, solange sie nur selbst nicht über seine Grenzen hinaus begehren!

Diesen moralischen Gewinn brauchte die Sowjetunion durch keinerlei Opfer zu erkaufen. Denn sie wird ja ein weit grösseres Gebiet Deutschlands als nur bis zur Oder, vor allem die ganze deutsche Ostseeküste auf unbestimmte Zeit militärisch besetzen und diese Besetzung später wahrscheinlich nur unter Bedingungen aufgeben, die ihre militärische Sicherheit nicht beeinträchtigen. Die Besetzung ganz Deutschlands durch die « Vereinten Nationen » ist schon vom Standpunkt eines demokratischen deutschen Staates aus eine Notwendigkeit. Die Reichswehr, das Söldnerheer, das die deutsche Freiheit an die Partei verkauft hat, ist so sehr eins mit dieser geworden, dass es mit ihr untergehen muss. Erst ein neuentstandenes demokratisches und antiimperialistisches Deutschland wird imstande sein, wieder ein Volksheer zu schaffen, das seine Aufgabe in der Verteidigung, nicht im Umsturz der bestehenden inneren und äusseren Ordnung sieht. In der Zwischenzeit ist die Besetzung des Landes durch eine internationale Streitmacht die beste Garantie für die Ausschaltung aller Gewalt bei der inneren Entwicklung des von der Gewaltherrschaft befreiten Reichs, sofern nur die besetzenden Mächte unter sich vereint bleiben.

Denn der Frieden der Welt und damit auch Deutschlands hängt nicht nur von Deutschland ab. Wenn Russland, Amerika, England, Frankreich nach diesem Krieg wieder so auseinanderfallen wie nach dem letzten Krieg, so werden sie selber den «preussischen Militarismus» in Deutschland wieder in den Sattel setzen, wie sie ihn mit ihrer Schaukelpolitik von 1919 bis 1939 immer wieder in der Absicht gestärkt haben, ihn als Mittel für ihre Zwecke gegen ihre früheren Verbündeten zu benützen. Dann würde Deutschland zum Schlachtfeld und seine Bevölkerung zum Kanonen- und Bombenfutter. Alles, was man dagegen vorkehren wollte, wäre dann ganz unnütz. Wenn aber der Osten und der Westen vereint bleiben, dann ist jede Rückversicherung gegen einen neuen deutschen Angriff überflüssig. Mehr als das, sie wäre schädlich, weil sie die Entschlossenheit, vereint zu bleiben, schwächen würde, wie sie es gegenüber Hitler getan hat. Als zum Beispiel nach dessen Machtergreifung die polnische Regierung bei Frankreich ein gemeinsames bewaffnetes Vorgehen gegen die damals erst beginnende Aufrüstung anregte, lehnte Paris im Vertrauen auf die Maginotlinie, die Locarno-Verträge usw. ab: mit den bekannten Folgen!

Zu den fragwürdigen — weil eventuell wirkungslosen — Massnahmen zur Verhinderung einer erneuten deutschen Agression gehören die Pläne gegen die deutsche Industrie, von denen immer wieder die Rede ist. Wenn die in Deutschland gelegenen, für Rüstungen geeigneten Werke — und welche wären es nicht? — in ausländisches Eigentum übergeführt werden, sind damit nicht alle Probleme gelöst. Die Opelwerke in Rüsselsheim sind zum Beispiel Eigentum der amerikanischen « General Motors ». Sie haben trotzdem die Rüstungsaufträge ausgeführt. Das Ausland hat ja übrigens selbst wissentlich Rohstoffe und Fertigfabrikate für die deutsche vertragswidrige Aufrüstung geliefert. Man soll doch nicht so tun, als wäre diese für die Generalstäbe und die Regierungen des Auslands ein Geheimnis gewesen!

Wenn künftig wieder eine uneinige Welt eine derartige Einstellung zu einer neuen Aufrüstung Deutschlands hätte, was würde es da helfen, die Industriegebiete im Osten und Westen des Reichs abzutrennen, wie es der französische Aussenminister nach seiner Rückkehr von Moskau verlangte? Ihre Industrien brauchen schon für ihren Wiederaufbau den Austausch mit den übrigen deutschen Gebieten, und später wären sie für ihren Absatz zum erheblichen Teil auf Rumpfdeutschland angewiesen. Wenn man dann wieder fatalistisch zusieht oder gar selber fördert, wie das Reich die Lieferungen aus den abgetrennten Gebieten oder aus dem übrigen Ausland zur Kriegsvorbereitung benützt, war die Abtrennung der

Industriegebiete doch offenbar vergebens. Wenn die Sieger aber einig und entschlossen bleiben, in Deutschland keine Aufrüstung zuzulassen, vielmehr eine friedliche demokratische Entwicklung zu sichern, dann ist es überflüssig, das Rheinland und das Ruhrgebiet einer besonderen Kontrolle zu unterstellen. Man hat ja dann die Kontrolle über g a n z Deutschland.

Wer immer Eigentümer der deutschen Industrie sein mag, auf alle Fälle wird sie auf viele Jahre hinaus zur Verfügung des deutschen Staates stehen müssen, um die ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues des Zerstörten zu bewältigen. Daran sind die Sieger selber in erster Linie interessiert, weil von dem Fortschreiten dieses Aufbaues auch die Fähigkeit Deutschlands zu Reparationen abhängt. Wahrscheinlich wird ja Deutschland am Ende des Krieges reparaturbedürftiger sein als die meist heimgesuchten Länder unter den Siegern. Da die finanziellen Mittel zum Wiederaufbau des zerstörten Eigentums nur aus den Entschädigungen des Staates kommen können, der sie wieder dem Einkommen seiner Bewohner durch Steuern und Anleihen entzieht, ergibt sich schon daraus die Lenkung der ganzen deutschen Wirtschaft durch den neuen Staat.

Darüber hinaus das bestehende Wirtschaftssystem grundsätzlich zu ändern, würde die an sich schon ungeheure Aufgabe des Wiederaufbaues noch mehr erschweren und um die vielen Jahre verlängern, die es brauchen würde, den Tat- und Arbeitswillen aus der überkommenen Wirtschaftsgesinnung durch ebenso grosse Leistungskraft in der geänderten Wirtschaftsordnung zu ersetzen. Denn das wäre ein langwieriges Erziehungswerk, während dessen die Not nach dem Krieg anhalten würde. Man braucht nicht zu fürchten, dass andernfalls soziale Ungerechtigkeit bestehen werde. Die ganzen Verhältnisse zwingen ja zum sozialen Ausgleich.

Die grosse von Hitler hinterlassene Staatsschuld muss durch eine einmalige, stark progressive Vermögensabgabe beseitigt werden, eine Art Verrechnung mit den unter Hitler geschaffenen oder erhaltenen Vermögen. Sonst würde es wieder Inflation geben, gegen die sich nach den Erfahrungen des letzten Nachkriegs alles in Deutschland aufbäumt. Da im Krieg alle Arbeitenden verdient und wegen der kriegsbedingten Entbehrungen notwendig gespart haben, führt die Vermögensabgabe mit starker Progression zu einer mehr demokratischen Besitzverteilung.

Für den noch lange ungesättigten Bedarf stehen zwar genügend Arbeitskräfte zur Verfügung, aber vorerst — wegen der Kriegszerstörungen — zu wenig Produktionsstätten, Maschinen und Werkzeuge. Diesem Missverhältnis lässt sich nur durch ständige Neuverteilung der Arbeitsgelegenheit auf alle begegnen, das bedeutet kontinuierlichen Schichtenbetrieb unter Anpassung der Arbeitszeit.

Die Rationierung wird sich auf den ganzen Konsum erstrecken und, wenn sie für die Nahrung entbehrlich wird, noch lange für Kleidung, Wohnung und Hausgerät bestehen. Kurz, auch in der bestehenden Wirtschaftsordnung werden die Verhältnisse in Deutsch-

land stark sozialistisch sein und doch für ihre ständige Verbesserung die gewaltige Triebkraft des überkommenen Wirtschaftsindividualismus nützen können.

Alle, die sich an der Vergewaltigung des deutschen Volkes beteiligt haben, müssen in einem abgestuften System bis zum letzten Parteigenossen bestraft, und ihre Opfer müssen entschädigt werden, wenn das deutsche Volk aus seinen Erfahrungen lernen und so sich die Fähigkeit zur Selbstregierung erwerben soll, deren Mangel so viel zum Entstehen des Dritten Reichs beigetragen hat.

Auch die Bestrafung der eigentlichen Kriegsverbrechen, die von Deutschen gegen andere Staatsangehörige begangen worden sind, darf nicht nur Sache der Verletzten und ihrer Staaten, also des Auslandes sein. Dies schon deshalb, damit die Schuldigen nicht zu nationalen Märtyrern werden. Das neue Deutschland selbst muss sie in aller Form der Justiz des Auslandes preisgeben, um sich von ihren Taten und der Gesinnung zu scheiden, aus der sie kamen. Ein solcher Prozess der Selbstreinigung darf sich nicht etwa auf die armen Teufel im Geiste beschränken, die lediglich Befehle, Empfehlungen und Ideen ausgeführt haben, denen sie in ihrer Primitivität wehrlos ausgeliefert waren. Die geistigen Urheber, die Mithelfer an der Ausbreitung der Gesinnung, aus der die Untaten des Nationalsozialismus gegen die Menschen in Deutschland und im Ausland entstanden, dürfen nicht ungestraft bleiben, damit dem geistigen Deutschland der Zukunft seine Verantwortung für den Staat in aller Deutlichkeit bewusst sei. Dies gilt vor allem auch für Richter und Beamte, die sich ihrer Karriere zuliebe zu Instrumenten der nationalsozialistischen Zwingherrschaft über ihr Volk machten, ferner die Universitätsprofessoren, die statt der Wahrheit und nur um ihr die Ehre zu geben, sich liebedienerisch bei den Herren des Tages anbiederten, sei es auch nur durch eine antisemitische Note, die sie rasch ihren Schriften einfügten. Auch solche Mitverantwortung für die scheusslichste Untat des Nationalsozialismus, die kaltblütige Ermordung friedlicher, unschuldiger Menschen, muss gesühnt werden.

Die Strafe für alle diese Schuld soll nicht Rache und sie darf nicht grausam sein. Sie soll nicht weitergehen, als es für erzieherische Zwecke notwendig ist. Je stärker der erzieherische Zweck zum Ausdruck kommt, um so mehr wird damit erreicht werden. Das wichtigste ist, dass die Bestrafung nicht ein Akt der Sieger gegen die Besiegten, sondern des deutschen Volkes gegen jene seiner Söhne sei, die sich gegen die ungeschriebenen Gesetze der Moral vergangen haben. Denn eben damit bekennt es sich erneut zu dieser Moral. Um so zu handeln, braucht es eine deutsche Regierungsgewalt. Sie ist auch notwendig für die erwähnten Lösungen der

drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme bei Kriegsende. Die Ohnmacht gegenüber solchen Schwierigkeiten hat ja den Nährboden bereitet, auf dem sich der nationalsozialistische Bazillus im deutschen Volk ausgebreitet hat. Es wird die Aufgabe der Sieger sein, die das Land in ihrer Besetzungsgewalt haben, das neue deutsche Regime zu schaffen. Denn der Nationalsozialismus hat alle Ansätze und Möglichkeiten zur politischen Willensbildung in Deutschland längst radikal ausgerottet und sich an ihre Stelle gesetzt. Wenn die Sieger ihn ausgerottet haben, wird nichts da sein, was eine neue Staatsgewalt bilden könnte, die Sieger müssen es selbst tun. (Dieses mangelnde Vertrauen auf die eigene Kraft teilen wir nicht. Was für die Strafe gilt, gilt auch für das Regieren: es muss aus dem Willen des eigenen Landes herauskommen, auch wenn dabei eine Kontrolle der Siegermächte nötig ist. Die Red.) Die Weimarer Republik wieder künstlich zum Leben zu erwecken, würde nicht das entschlossene Regiment schaffen, das mit fester Hand den moralischen und materiellen Wiederaufbau leiten könnte. Das zu erkennen, bedarf es nicht erst der traurigen italienischen Erfahrungen, die zudem in weit günstigeren Verhältnissen gemacht werden. Natürlich wird das Personal eines neuen deutschen Regimes aus den Parteien und Kreisen kommen müssen, die stets in Opposition zum Nationalsozialismus gestanden sind: aber als Persönlichkeiten, geeint in diesem gemeinsamen Gegensatz und im gemeinsamen Willen zu einer deutschen Zukunft in Harmonie mit der Menschheit und der Menschlichkeit, nicht aber getrennt durch die früheren Parteigrenzen und Programme. Denn diese werden vielfach veraltet sein, und neue Parteiungen werden sich erst allmählich wieder bilden, weil die Aufgaben des neuen Staates vorerst so eindeutig und drängend und die Mittel und Wege zu ihrer Erfüllung so sehr durch die Verhältnisse gegeben sind, dass man nicht gut zweierlei Meinungen haben kann, wenn man nicht ideologische Fernziele, sondern das unmittelbare Wohl des Volkes im Auge hat, das in seiner grossen Not für die alten Parteien wahrscheinlich weniger übrig haben wird als je.

Die vornehmste Aufgabe der neuen Staatsgewalt wird es dann freilich sein müssen, das deutsche Volk zur Selbstregierung zu erziehen, indem sie ihm Gelegenheit gibt, seine Fähigkeit zur Selbstverwaltung zu entwickeln und zu üben. Die Grundlage dafür würden sehr gut die Berufsorganisationen bilden können, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, landwirtschaftliche und gewerbliche Verbände, in deren Leitung neue Kräfte an die Stelle der Nationalsozialisten treten und die im neuen Geist die politische Willensbildung anregen würden. Von ihnen könnten auch die Wahlvorschläge für die Selbstverwaltungskörper ausgehen, die in den Städten und Gemeinden zuerst die ernannten Beauftragten der nationalsozialistischen Partei zu ersetzen hätten. Von da her

könnte im Laufe der Jahre ein leistungsfähiges parlamentarisches Regime aufgebaut werden, nachdem sich an den neuen Problemen unter den neuen Verhältnissen neue Parteien gebildet haben.

Dass so ein vom Volk gewählter Reichstag die Staatsgewalt aus den Händen der von den Siegern eingesetzten Regierung übernimmt, um sie im gleichen Geiste fortzuführen, das wäre das Vertrauensvotum, das ihr nachträglich ein durch schlimme Erfahrungen gereiftes Volk ausspricht, nachdem es den Anschluss an seine eigene bessere Vergangenheit und an die Menschheit wieder gefunden hat.

Nachkriegsprogramm des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

I. Die Reorganisation der internationalen Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege.

Die Kommission, die sich mit dem Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung zu befassen hatte (I. Kommission), ist vom Provisorischen Internationalen Gewerkschaftsrat (PIGR.) im Jahre 1942 ernannt worden. Sie setzte sich zusammen aus: W. M. Citrine, W. Schevenels, J. H. Oldenbrœk, L. Evans, J. Stott, J. Stolz, R. Rous und B. Locker. Im November und Dezember 1942 sowie im Juni 1943 sind insgesamt fünf Sitzungen abgehalten worden.

In den ersten drei Sitzungen ist es in einer Anzahl Punkte zur Einigung gekommen. Es ist jedoch festgestellt worden, dass keine weitern Fortschritte erzielt werden konnten, so lange sich der PIGR. nicht klar darüber ausgesprochen hatte, ob die Lösung der aufgetauchten Schwierigkeiten durch die Schaffung einer einzigen Weltföderation oder auf andere Weise gesucht werden sollte. Am 19. April ist dem PIGR. ein Zwischenbericht unterbreitet worden. Die Kommission wurde beauftragt, ihre Arbeit fortzusetzen, um zu endgültigen Vorschlägen zu gelangen für den Wiederaufbau der internationalen Gewerkschaftsbewegung auf dem Boden einer einzigen Weltföderation mit einem einzigen Beitrag, wobei für einzelne Berufe die Möglichkeit offengelassen werden sollte, zusätzlich ausserordentliche Beiträge zu erheben.

Die Kommission hielt hierauf zwei weitere Sitzungen ab und löste die noch offen gebliebenen Fragen.

Nachstehend geben wir die provisorischen Schlussfolgerungen der Kommission wieder:

Nationale Wiederherstellung der Gewerkschaften.

1. Wiederherstellung der vollen gewerkschaftlichen Rechte und der gewerkschaftlichen Organisationen in jenen Ländern, in